



HDIM.NGO/574/06
12 October 2006

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.

Venloer Straße 160 , 50823 Köln, Tel.: 0221/57982 47/48/50, Fax.: 0221/51 58 92 , E-Mail: dialog@ditib.de
www.ditib.de

Theoretische und praktische Einblicke ins integrative Zusammenleben in Deutschland: Die Benachteiligung der türkisch-muslimischen Minderheiten unter besonderer Berücksichtigung ihrer bildungs-, arbeitsmarktpolitischen und religiösen Rechte.

Warsaw, 2 to 13 October 06

2006 HUMAN DIMENSION IMPLEMENTATION MEETING AND SIDE
EVENTS AS SUBMITTED BY CONVERNORS

WORKING SESSION 13 Fundamental freedoms II: Freedom of thought, conscience, religion or belief.

Theoretische und praktische Einblicke ins integrative Zusammenleben in Deutschland: Die Benachteiligung der türkisch-muslimischen Minderheiten unter besonderer Berücksichtigung ihrer bildungs-, arbeitsmarktpolitischen und religiösen Rechte.

0. Einleitung	3
1. Türkische und muslimische Minderheiten	4
2. Die Türkisch Islamische Union.....	5
3. Thesen zum Denken und zum Handeln.....	7
4. Literatur	12

Theoretische und praktische Einblicke ins integrative Zusammenleben in Deutschland: Die Benachteiligung der türkisch-muslimischen Minderheiten unter besonderer Berücksichtigung ihrer bildungs-, arbeitspolitischen - und religiösen Rechte

0. Einleitung

Seit Mitte der 80`er Jahre wird in vielen Nationalstaaten auf die humanen Interessen der Menschen unterschiedlicher Ethnien, Nationen, Kulturen und Religionen weniger Rücksicht genommen. Vielfach werden die nationalen/nationalistischen, wirtschafts- und machtpolitischen Interessen dieser Staaten und deren militärische und wirtschaftliche Bündnisse in den Mittelpunkt der internationalen und nationalen Handlungen gestellt. Nicht nur an den Orten der gewalttätigen Auseinandersetzungen und der Kriege findet die menschliche Dimension keine Achtung. Anders formuliert: Wo nationale wie internationale, wirtschaftliche und machtpolitische Interessen im Vordergrund rückt, da wird der Alltag der Menschen von Interessenkonflikte, Unterdrückung, Diskriminierung und Hass bestimmt. Dies ist für die Dimension des Menschseins ein Aporem. Nicht nur die Kluft zwischen Nord+Süd sondern auch das Gefälle zwischen Einheimischen und Eingewanderten innerhalb eines modernen Staates fallen bezüglich der Menschen- und Bürgerrechten nach dem Kalten Krieg mehr denn je auf. Sie gelten innerhalb der Grenzen der Nationalstaaten für die ethnisch homogene Majorität und werden von den Regierungen ohne jede Bedingung praktiziert. Gleichzeitig ist das Interesse an den Menschen- und Bürgerrechte der ethnischen, religiösen Minderheiten inner- und außerhalb der Grenzen dieser Industrienationen und deren Bündnisse rapide gesunken. Um die Rechte ethnisch religiöser Minderheiten zu beschneiden und ihre Rechte bezüglich Gewissens- und Meinungsfreiheiten zu begrenzen, werden alltäglich politische und diplomatische Mittel eingesetzt und inhumane und illegitime Argumentationsmethoden entwickelt. Vor allem religiöse Auffassungen, kulturelle und traditionelle Zueignungen als unaufgeklärt und primitiv abzustempeln, werden Vorlesungen abgehalten, Berichte in den Massenmedien platziert und damit die Öffentlichkeit tagelang beschäftigt. Ferner werden Abkommen bezüglich der Rechte der Minderheiten nicht ratifiziert und die vorhandenen Verträge trivial praktiziert.

Es vergeht kein Tag, an dem die Einheimischen ihre eigenen kulturellen Eigenschaften nicht stark hervorheben und die traditionellen Eigenarten der Minderheiten als primitiv einstufen. Den Minderheiten wird im gesellschaftlichen Leben (Berufs- und Schulleben, bei den der Behörden, der Eindruck vermittelt, dass sie ohne Aufgaben ihrer religiösen, kulturellen und traditionellen Eigenschaften und Identitäten in diesem unserem Land, Deutschland, nicht willkommen sind. Wir brauchen eine auf die Rechte der Minderheiten eingehende Integrationspolitik, in der man nicht über sie sondern mit ihnen zur Praktizierung des friedlichen und integrativen Zusammenlebens handelt.

Es ist notwendig, dass statt Pauschalannahmen konsequent die Selbstdefinitionsrechte im Hinblick auf religiösen, kulturellen, traditionellen und modernen Verständnisse bei den einzelnen Minderheiten und ihrer Organisationen zugrunde gelegt werden.

Es sollte endlich die Idee der paternalistischen und kulturalistischen Belehrungsansätze aufgegeben werden. Hierbei wird nicht von der Hervorhebung der Werte der einheimischen Bevölkerungen ausgegangen, sondern im Mittelpunkt unserer Handlungen soll der Grundsatz „Weg von Paternalismus und Kulturalismus hin zur Partnerschaft und Gleichberechtigung“ stehen.

1. Türkische und muslimische Minderheiten

Hier sollte einen Blick auf die Probleme der türkischen und muslimischen Minderheiten in Deutschland geworfen werden.

Es wird hier keinen Anspruch erhoben, diese Themen wissenschaftlich abzuhandeln. Es wird vielmehr versucht, mit zugegebenermaßen provokativen Thesen zunächst zum Denken und dann zum Handeln anzuregen.

Die Situation der in Deutschland beheimateten Minderheiten und deren Organisationen Die Mitglieder bzw. die Minderheiten dieser Organisation leben seit etwa 40 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Seitdem gibt es ein "Türkenproblem" in diesem Land¹. Sollen aufgeklärte Menschen und deren Systeme sich von den Urinstinkten leiten lassen? Dieses so genannte Problem hat sich vor den Wahlen 1998 in Deutschland sowohl in der Öffentlichkeit wie in weiten Bereichen der Wissenschaft durch die populistischen Wahlkampagnen mancher Politiker über die Ausländerproblematik und durch die qualitativ unbegründeten und teilweise holzschnittartigen Studien einiger Wissenschaftler über die *Gewaltbereitschaft, Orientierungslosigkeit² und Kriminalität³* Jugendlicher aus Minderheitenfamilien weiterhin verschärft. Die *instrumentalisierten Kopftuchdebatten⁴, Behandlung von Moscheebauprojekten* in den Medien und die Einführung sozio-politisch und kulturell-religiös unterschiedlich orientierter türkischer Minderheitenorganisationen in den Landes- und Bundesverfassungsschutzberichten⁵ sind hier nur nebenbei zu erwähnen. Nicht nur im Wahlkampf wird keine Rücksicht auf das wesentliche Prinzip des Miteinanderlebens der deutschen und nicht deutsch-stämmigen Menschen genommen. In den arbeitsmarktpolitisch schlechten Zeiten, in denen die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung besonders unter den Minderheiten stetig wächst, ist die Frage nach dem friedlichen Zusammenleben moderner Gesellschaftsmitglieder unterschiedlicher Herkunft sehr relevant und eine Herausforderung nicht nur für die Regierungen.

Die soziokulturellen und integrationsspezifischen Eigenaktivitäten der Minderheiten und ihrer Selbstorganisationen in Deutschland wurden bisher kaum zur Kenntnis genommen. Diese Organisationen wurden meist unter ihren ideologischen Ansichten, religiösen Orientierungen, politischen Gesichtspunkten diskutiert. Obwohl die politischen, gesellschaftlichen und religiösen Aktivitäten dieser Organisationen (NGO) bei der Regulierung und Steuerung des Zusammenlebens in Deutschland sehr effektive Arbeit leisten, werden sie bisher von den Regierungen und Institutionen nicht berücksichtigt. Die bisherigen Beziehungen zwischen Regierungen und diesen Or-

¹ Viele Untersuchungen zeigen, daß sich die anfangs in den 80'er Jahren vorhandene negative Einstellung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den türkischen Migranten in den 90'er Jahren nicht geändert hat. In der Studie der Freudenberg-Stiftung stehen in einer Tabelle über die Beliebtheit der Ausländer die Türken an zwölfter und damit vorletzter Stelle. Hierzu vgl. Faruk Sen/Alke Wierth, 1961 bis 1991 - Ein kritischer Rückblick, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 2 (1992), S. 75. Und vgl. Hartmut Esser, Ist das Ausländerproblem in der Bundesrepublik Deutschland ein <<Türkenproblem>>? Eine Ansprache in der Universität Bursa (Türkei), in: Rolf, Italiaander (Hrsg.), Fremde raus. Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit Gefahren für jede Gemeinschaft, Hamburg 1983, S. 169-180.

² Vgl. Bernhard Santel, Töten für den Islam? Eine holzschnittartige Studie über Junge Türken in Deutschland, FAZ, 13.07.1998.

³ Vgl. Hüßers, Francis, Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48-49 (1995), S. 22-28.

⁴ Vgl. Theo Sommer, Der Kopf zählt, nicht das Tuch. Ausländer in Deutschland: Integration kann keine Einbahnstraße sein, Die Zeit, Nr. 30. 16.07.1998, Politik S. 3.

⁵ Vgl. Ausländerextremismus und -terrorismus. Türken, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1996, Hrsg. v. , Köln 1997, S. 227 - 242.

ganisationen sind unilateral und beschränkten sich nur auf paternalistische Steuerung und kulturalistische Lenkung dieser Organisationen und ihrer Mitglieder z.B. Euroislamdebatte.⁶

Die Regulierungs- und Steuerungsversuche des politischen, wirtschaftlichen und religiösen Lebens der türkischen und muslimischen Minderheiten in der Diaspora sind für den eurozentristisch und kulturalistisch orientierten Staat sehr problematisch. Das bestehende Festhalten an der homogenen Nationalstaatsidee der Staaten bereitet in diesem Zusammenhang noch viele weitere Schwierigkeiten.

Die Nationalstaaten in ihrer heutigen Form, die

1. nur homogene Elemente wie Kultur und Religion umfaßt, und die Idee der Vielfältigkeit seit Ende der 80`er Jahre aufgibt,
 2. die heterogene Elemente als wesensfremd empfindet und weiterhin ignoriert,
 3. auf die ethno-zentrische Substanz fixiert,
- ist eine wichtige Ursache von Problemen der Minderheiten bezüglich des gleichberechtigten Zusammenlebens in vielen Laender.

Aufgrund der verpassten Chancengleichheit in der Schule und nachhaltiger Förderung der Ghettoisierung durch die diffuse Wohnungspolitik der Kommunen sind die Aufstiegschancen der Kinder und Jugendlichen der Minderheiten in Deutschland schwerer geworden. Es gibt in diesen Ghetto-Schulen kaum noch deutsche Schüler. Die bildungs- und arbeitspolitischen und sozio-ökonomischen Disparitäten wachsen in gewaltigem Ausmaß an. Damit ist der Schaden nicht nur an den einzelnen Personen sondern auch gesamtgesellschaftlich nicht abzuschätzen, (vgl. Verhältnisse in Frankreich).

2. Die Türkisch Islamische Union

Die Türkisch-Islamische Union mit über 860 Ortsvereinen stellt nicht nur religiöse Dienstleistungen für ihre Mitglieder, sondern sie ist tätig in Bereich Bildung, Sport und Kultur.

Das Interesse an differenzierter, toleranter und wissenschaftlich fundierter Betrachtung der Minderheitenorganisationen und ihrer vielfältigen Aktivitäten ist sehr begrenzt. In den bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten über diese Organisationen wurde nicht untersucht, welche Relevanz ihre Eigenaktivitäten für das Miteinanderleben in Deutschland besitzen, sondern sie heben einseitig auf - möglicherweise gesellschaftsgefährdende - Hintergründe ab. Um diese Hintergründe aufzudecken und mit Ihnen vertrauensvolle Gespräche zu verhindern, werden die religiösen, ethnischen und politischen Unterschiede und Zersplitterungen zwischen den Organisationen und den Organisationen der Einheimischen benutzt. Die steigenden Mitgliederzahlen und Sympathisanten dieser Organisationen werden von verschiedenen Wissenschaftlern und selbsternannten Mahnern als Bedrohung für das demokratische Leben in Deutschland interpretiert. Es wird behauptet, dass die "kulturalistische Diskrepanz zwischen einem modernen, toleranten, aufgeklärten und individualisierenden westlichen Gesellschaftsmitgliedern und einem traditionalistisch, fundamentalistisch orientierten Menschen aus den islamischen Ländern zugespitzt wird".⁷

⁶ Der ehemalige Bundesinnenminister strebt laut Magazin <<Der Spiegel>> eine <<geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Islam>> an. Ziel sei eine breite Akzeptanz der Muslime in Deutschland für eine Art <<europäischen Islam>>.

⁷ Dietrich Tränhardt, Einwandererkulturen, Netzwerke und Integrationsqualität. Ein komparative Analyse im Vergleich der Zuwanderungsnationalitäten und Bundesländer, (unveröffentlichtes Manuskript), S. 2

Nach dem GG Art. 140 in Verbindung der WRV Art. 137, Abs. 5 können die Religionsgemeinschaften den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erwerben.⁸ „Mit diesem Rechtsstatus sind eine Reihe vorteilhafter Befugnisse verbunden, am bekanntesten das in Art. 137 Abs. WRV garantierte Besteuerungsrecht, daneben aber etwa auch das Befugnis zur Begründung öffentlich-rechtlicher Dienstverhältnisse, zur Widmung von Sachen zu öffentlichen Sachen oder die Befugnis zum Erlass öffentlich-rechtlicher Normen.“⁹

Die Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts hat jedoch vielmehr materielle Bedeutung.¹⁰ Obwohl unsere Organisation bezüglich der Integration und des friedlichen Zusammenleben in diesem unserem Land viele Leistungen erbringt, ist sie von der materiellen Unterstützung des Staates und der Länder ausgeschlossen.

Minderheitenorganisationen haben in Deutschland immer noch den Status eines `eingetragenen Vereins´. Sie sind dem Vereinsgesetz (VerG) unterworfen und haben ihre Aktivitäten rechtlich geordnet. Da sie keinen Anspruch auf öffentlich-rechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaften in Deutschland haben, besitzen sie keine Körperschaftsrechte (status aktivus). Deshalb sind sie als Minderheitenorganisationen in Deutschland gegenüber anderen nichtstaatlichen Organisationen wie Kirchen, die einige institutionelle Vorrechte und Vorteile besitzen und finanzielle Unterstützung der Regierungen genießen, unterprivilegiert. Das Fehlen der notwendigen Mittel und der Unterstützung seitens der deutschen Administration hat dazu geführt, dass die Organisationen ihre vielfältigen Dienste nicht so ausbauen können wie sich die deutschen Organisationen entwickeln konnten. Sie haben z.B. keine Möglichkeit, an der Gestaltung des Erziehungswesens teilzunehmen. Obwohl sie mit den nationalstaatlichen Regierungen eng zusammenarbeiten und für die Mitglieder soziale, kulturelle und religiöse Dienste anbieten und dadurch ihre soziale Verantwortung in dieser Gesellschaft wahrnehmen, bekamen sie von den Regierungen keine Unterstützung. Die Aktivitäten dieser Vereine richteten sich nicht nur auf die Versorgung ihrer eigenen kulturellen, religiösen und alltäglichen Bedürfnisse, sondern sie versuchten, ihre gesellschaftliche Eingliederung in den verschiedenen Handlungsbereichen wie z.B. Arbeits- und Wohnungssuche, Dolmetscherdienste, schulische und außerschulische Ausbildungsperspektiven für die Jugendlichen zu organisieren.

Die Behauptung, dass die muslimischen Minderheiten in der Bundesrepublik in einem vor-modernen Weltbild gefangen seien, sagt jedoch wenig aus über die signifikanten, historischen und gegenwartswirksamen Entwicklungen und Entfaltungen ihrer Identitäten und Lebensstrukturen. Ebenso sind die vielfältigen Aktivitäten dieser Organisationen besonders hinsichtlich des Zusammenlebens von verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen in einem Staat nicht genügend beachtet worden.

Der Weg von der Toleranz und Akzeptanzfördernden Koexistenz zum gleichberechtigten Zusammenleben im "Miteinander" ist nur einzuschlagen, wenn

1. die auf ihre Herkunftsländer bezogenen organisations- und personenspezifischen Eigenschaften und Eigenarten der Minderheiten der Öffentlichkeit bekannt sind und wenn sie von den Gesellschaftsmitgliedern und der Politik des Landes respektiert wird.
2. von ihnen die Relevanz der in den bildungs- und arbeitsmarktpolitischen, ökonomischen, religiösen, sozialen und gesellschaftlichen Bereichen Lebenschancen vermittelnden und durch diese Lebens- die Teilnahmekancen ermöglichenden Organisationsstrukturen und -prozessen mit oft sehr spezifischen Verhaltens- und Wahrnehmungserwartungen westeuropäisch-moderner Ankunftsgesellschaften erkannt wird.

⁸ Stefan Magen, Staatskirchenrecht als symbolisches Recht, S. 13

⁹ ebda, S. 14

In Deutschland vernachlässigen immer wieder die Lösungsansätze zum Zusammenleben die wahren, gegenwartaktiven, sozialen Handlungsmöglichkeiten, in denen man den Eingewanderten und deren Nachkommen neue Perspektiven schafft, und zeigen grundlegende Defizite, da man hier (diesbezüglich) ihre wirtschaftlichen und politischen Beiträge eine Milliarde Euro Umsatz durch die von ihnen gegründeten Unternehmen in Bezug auf das wirtschaftlichen Wachstum des Landes nicht miteinbezieht. Der Einfluss der o.g. politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen bei der Entwicklung des toleranten und respektvollen Verständnisses unter den Menschen ist ebenfalls nicht unbedeutend. Der positive Trend innergesellschaftlicher Verständnisse und Solidaritäten bricht meistens durch diese Auseinandersetzungen zusammen, die Mißverständnisse verlagern den Diskussionsschwerpunkt auf die immer wieder wiederholte kulturalistisch, paternalistische Ebene.

3. Thesen zum Denken und zum Handeln

Es gibt seit vielen Jahren die auf Fakten basierende Erfahrungen bezüglich der Rechte der Minderheiten, der Meinungs- und Gewissensfreiheiten. Diese beruhen aber auch auf Erfahrungen des Ortsgemeinden. Diese sollten in Form von Thesen und Lösungsvorschlägen zusammengefasst vorgestellt werden.

Die türkischen Muslime in Deutschland wissen, aus welchen Gründen Menschen fast ausschließlich aus einer bestimmten sozialen Schicht nach Deutschland geholt worden sind. Wir kennen die sich zwangsläufig daraus ergebenden Probleme insbesondere der zweiten und dritten Generation. Trotz allem darf ein Umstand, dem keine Beachtung geschenkt wird, eben nicht unbeachtet bleiben: Die Türken sind wie die Deutschen Erben eine Hochkultur.

Erleben die türkischen und muslimischen Minderheiten Benachteiligung, Diskriminierung?

Sind der Islam und die Muslime ein Teil dieser Gesellschaft ohne Rechte?

1. Politische Benachteiligung der außereuropäischen Minderheiten bei politischen Wahlen

- a) Seit 40 Jahren leben die muslimische und türkische Minderheiten in Deutschland und besitzen immer noch kein Wahlrecht auf kommunaler Ebene.¹¹
- b) Die rechtsextremen Parteien erfahren in letzter Zeit eine erneute Blüte. Sie sind schon in den Stadträten und in den Landesparlamenten vertreten.¹² Durch den massiven polemischen Einbezug Islam- und Minderheitenspezifischer Themen der Medien und der Politiker finden diese Organisationen und Parteien in Deutschland Nährboden und sie mobilisieren die nichtsachlich und undifferenziert informierte einheimische Bevölkerung.¹³

→ Rechtsextremismus hat seine Wurzeln in einem Minderwertigkeitsgefühl und aus der wirtschaftlichen Notsituation entstandenen Perspektivlosigkeit. Hier können

¹¹ FR 06.01.99 // FR 22.01.99 „Der Bundesausländerbeirat spricht von einer "böswilligen Verunglimpfung aller rechtschaffenen Ausländer in Deutschland" und erklärt, nicht die doppelte Staatsbürgerschaft gefährde die innere Sicherheit, "sondern der Versuch, dagegen Stimmung zu machen." Quelle: http://64.233.183.104/search?q=cache:p8OpM-Pis8EJ:web.uni-bamberg.de/~ba6ef3/dokz99_d.htm+Wahlrecht+f%C3%BCr+Ausl%C3%A4nder&hl=de&ct=clnk&cd=2

¹² Nach statistischen Informationen des Bundesverfassungsschutzes sind die Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den Jahren 2001-2005 um 50% gestiegen.

¹³ Rechtsradikale sitzen mithin in vier Landtagen: In Brandenburg die mit der NPD geistesverwandte DVU (Deutsche Volksunion, 6,1 Prozent), in Sachsen die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland, 9,2 Prozent - fast so stark wie die tief gefallene SPD); in Bremen die DVU (in Bremerhaven 7,1 Prozent) und nun zum erstenmal in Mecklenburg-Vorpommern (7,3 Prozent). In Quelle: <http://www.ngz-online.de/public/article/nachrichten/politik/deutschland/353156>

die staatliche und nicht staatliche Institutionen gemeinsame Aufklärungsarbeit leisten.

- Die Kommunen können sich Gedanken darüber machen, wie sie diese ca. 7 Millionen Menschen konstruktiv in das deutsche politische System einbinden können. Die Parteien können Quotenregelung bezüglich der Zahl der Minderheiten einführen. In den Stadtraten können die von der Basis der Eingewanderten legitimierten Persönlichkeiten gewählt werden.

- Man soll über die minderheitenspezifische Themen wissenschaftliche, sachlich und differenzierte Diskussionen Deutschland erlauben. Ferner sollte die Aufklärung über die schrecklichen Folgen des Extremismus, Radikalismus und Nationalsozialismus in der gesamtgesellschaftlichen Breite ermöglicht werden. Die Regierungen, Politik, zivilgesellschaftliche Institutionen und Schulen wie Elternhäusern müssen sich ihrer aufklärerischen und nachhaltigen Aufgaben stellen. **Dabei aber auf ein gemeinsamen Werten und Stolz eigene Leistungen beruhendes Gemeinschaftsgefühl entwickelt werden.**

2. Bildungspolitische Diskriminierung der türkischen und muslimischen Minderheitenkinder und -jugendlichen

- a) Keine echte Chancengleichheit in der Schule, der Ausbildung¹⁴
 - b) Vorstöße wie die kürzlich erfolgte Novellierung des Schulgesetzes in NRW können da nur kontraproduktiv wirken.
 - c) Muttersprachenverbot in den Schulhöfen und Abbau der türkischer Muttersprachunterricht in den Ländern.¹⁵
 - d) Kein islamischer Religionsunterricht nach GG 7, 3 und WRV III in den öffentlichen Schulen
 - e) Bei den Modellversuchen bezüglich des IRU werden die Meinungen und Erfahrungen der Dachverbände nicht genügend einbezogen.
 - f) Es wird versucht, die organisatorische und theologische Verbindung der Dachverbände zu den Ortsgemeinden zu unterminieren.
-
- Die Kommunen sollen eine auf die vielfältigen Bedürfnisse der Menschen (20 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund) eingehende Wohnungspolitik und Schulpolitik nachhaltig organisieren, mehr Lehrkräfte und ErzieherInnen einstellen.

 - Zum Erlernen einer weiteren Sprache ist es unabdingbar, zunächst die Muttersprache zu lernen. Die Erziehungsberechtigten müssen in der Bewältigung dieser Aufgabe gefördert werden.

 - Religionsunterricht nach dem GG 7,3 und der WRV III in den Schulen erfordert die Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften und des Staates. Ohne das Einwirken der Religionsgemeinschaft (RG) bezüglich der Inhalte des IRU können GG Art. 7,3 und WRV III praktiziert werden. In Bezug auf die Organisationsform der muslimischen Verbände kann der Staat im Rahmen der Verfassungen und Gesetzen Lösungsmöglichkeiten anbieten.

¹⁴ Krista Sager (MdB) sagt, Integration funktioniert auch deshalb nicht, weil unser Bildungssystem Kindern mit Migrationshintergrund keine fairen Chancen einräumt. Sie würden sogar benachteiligt. So hätten sie es beispielsweise bei gleichen Leistungen schwerer aufs Gymnasium zu kommen, als Kinder ohne Migrationshintergrund.

¹⁵ Die Anordnung einer Weddinger Schulleitung, auf dem gesamten Schulgelände ausnahmslos Deutsch zu sprechen, hat einen politischen Streit ausgelöst. Der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu bewertet die Hausordnung der Herbert-Hoover-Realschule als einen Verstoß gegen das Grundgesetz. Die türkische Zeitung „Hürriyet“ spricht von Diskriminierung.

- Die Politik sollte sich deshalb endlich dazu aufrufen, mit den Islamischen Dachverbänden auf der Basis der Verfassung Gespräche aufzunehmen.

3. Arbeitsmarktpolitische Benachteiligung der türkischen Eingewanderten

- a) Die Praktizierung Arbeitnehmerförderungsgesetz in Betrieben problematisch
- b) Die Zahl der Arbeitslosen unter den Minderheiten ist rapide gewachsen und die Ausbildungsquote ist gefallen.¹⁶
 - Novellierung des Arbeitnehmerförderungsgesetzes dahingehend, dass Minderheiten nicht mehr benachteiligt werden.
 - Förderungs- und Umschulungsmaßnahmen, Förderung der Selbstständigkeit und der Erwerbs von Wohneigentums (ist auch eine der Gettoisierung entgegenwirkende Maßnahme)

4. Muslimische Organisationen und religiöse Benachteiligung ihre Mitglieder in Deutschland

- a) Die islamische Religion ist in Deutschland nicht anerkannt.
- b) Die religiöse Gefühle der Muslimen werden ständig verletzt¹⁷ und ihre allerheiligsten Werte nicht genügend respektiert.¹⁸
- c) Die muslimische Organisationen besitzen keine Körperschaftsrechte. Die ablehnende Haltung der türkischen Minderheiten früher, jetzt des Islam in der Öffentlichkeit, ist besorgniserregend.
- d) Die muslimischen Organisationen werden gezwungen, sich zu einigen und ihre unterschiedliche religiösen Verständnisse, die die Gewähr für Vielfalt innerhalb der islamischen Religion bieten, aufzugeben.¹⁹
- e) Ohne wissenschaftliche und finanzielle Ressourcen bereit zu stellen, werden die muslimischen Organisationen aufgefordert, ihre Geistlichen in Deutschland auszubilden.
- f) Seit zwei Jahren wird die Ausbildung der Theologen und Imame in den Fach- und Dialogtagungen heftig diskutiert.²⁰ Die Diskussionen nahmen teilweise beleidigende Töne wie z.B. „stumme“ oder „importierte“ Imame u.ä. an.
- g) Es werden über weit und fern über die islamische Theologie und ohne Beteiligung der muslimischen Theologen, künstliche Debatten und Diskussionen über Islam geführt z.B. „Euro Islam“ .

- In Zusammenarbeit der staatlichen Institutionen der Türkischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland wurden Verträge bezüglich der Einreise der Imame in die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Demnach stellte das Präsidium den DITIB Moscheen die Imame aus der Türkei für zur Verfügung.²¹ Die muslimische Migranten sind vor allem froh, dass die Imame „dem Wesen des Islam entsprechend die Liebe zu Menschen und Mitmenschen vom Islam ins Zentrum ihrer Lehre stellen.“²² Und ohne Kosten Ihnen zur Verfügung gestellt worden sind.

¹⁶ Nach Errechnungen des Bundesinstitutes für Berufsbildung ist die Ausbildungsquote der Einwanderer seit 1944 von 44 % auf 25 % gefallen.

¹⁷ Vgl. Johann Georg Mausinger, Der Harem des Propheten, Marburg an der Lahn, 2004 , ferner Karikaturenstreit in Dänemark usw.

¹⁸ Vgl., <http://www.diyenet.org/de/startseite/detail.php?nr=1289&kategorie=startseite>

¹⁹ Vgl. in: HR-Online, Quelle: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_10308904

²⁰ <http://www.anawati-stiftung.de/seiten/100jahre-43-45.pdf>.

²¹ Vgl. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Kulturpolitik/DialogIslam/DeutschkurseImame.html>

²² Bekir Alboga, Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, S. 105, in: Dokumentation, Islam Einbürgern, Hrsg. V. Beauftragte der BR für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 2005,

- „Die Mehrheitsgesellschaft und der Staat müssen auch auf die Muslime zugehen. Das Leitbild des Grundgesetzes für die Kooperation von Religionsgemeinschaften und dem Staat ermöglicht die „respektvolle Nichtidentifikation“ das heißt Öffnung des öffentlichen Raumes für religiöse Betätigung unter Wahrung verfassungsrechtlicher Standards. Eine integrationspolitisch notwendige Aufgabe ist es, die staatlichen Kooperationsformen hinsichtlich der Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der traditionellen staatskirchenrechtlichen Formen zu überprüfen. Denn erst eine geregelte Kooperation staatlicher und behördlicher Stellen mit muslimischen Vertretungen kann die Grundlagen für die Integration von Muslimen verbessern.“²³
- Seit 2003 gibt es die Dialogtagungen in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Türkisch-Islamischen Union, den örtlichen evangelischen und katholischen Akademien sowie kommunaler Einrichtungen. Diese Tagungen können erweitert werden. Die Sprachkursmöglichkeiten für die Imame geprüft werden.
- Die seelsorgerischen und integrativen Dienstleistungen der Imame gewürdigt werden.
- Der Einsatz der Imame als Seelsorger in den Gefängnissen erleichtert werden.

5) Planung und Bau islamischer Gotteshäuser sind sehr problematisch.

- Der Moscheebau werden nicht nur durch rechtsradikale und extremistisch orientierte politische Gruppierungen und Parteien instrumentalisiert²⁴ und über die architektonische und bauliche Form der Moscheen werden Spekulationen verbreitet.²⁵
- Der Moscheebau wird unter deskriptive Baugenehmigung gestellt.
- Islamische Gebetsruf von dem Minarett ist sehr problematisch und wird nicht erlaubt.
- Der Moscheebau wird in der Öffentlichkeit und der Medien polemisiert.
- Politiker und Medien setzt so die Muslime unter Druck und zwingen Sie ihre Gottesdienste und Predigten in deutsch zu halten.²⁶

Moscheen sind Gotteshäuser. In ihnen verrichten die Muslime ihre Gebete allein oder in Gemeinschaft, erinnern sie sich ihres Schöpfers, beten zu ihm und richten an ihn ihre Bittgebete. Durch ihre kunstvollen Minarette und nachhaltige Bauart geben die Moscheen Zeugnis vom Zusammenhalt der Gläubigen. Sie sind auch Erziehungsinstitutionen, wo durch Gemeinschaftsgebete, Vorträge und Predigten erzogen und gebildet wird. Die Minarette sind wichtige Bauelemente einer Moschee. In dem sie gemäß ihrer Epoche diesen Monumenten eine bestimmte Persönlichkeit geben, übertragen sie der Landschaft der Städte dadurch eine höhere Bedeutung. Wörtlich heißt das Minarett Licht schenken, leuchten. Die Muslime feiern die erste Woche vom Oktober als „Tag der offenen Tür und der Moscheen“ in den Moscheen der Bundesrepublik Deutschland. Mit den Programmen, die an-

²³ Beck, Dokumentation, Islam einbürgern – Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, in ders. S. 6-7, Berlin 2005.

²⁴ Vgl. die Internetseite von Pro Köln in: <http://www.pro-koeln-online.de/artikel2/ditib-moschee.htm>

²⁵ Wie ist Ihre Meinung: Sollte man die Moschee bauen, auch wenn die Bevölkerung dagegen ist, oder sollte man auf den Bau verzichten?" 11 Prozent der Befragten meinten, man solle an dem Bau der Moschee festhalten, 74 Prozent sagten dagegen, dass man unter diesen Umständen die Moschee nicht bauen sollte. In Quelle: <http://www.christen-allendorf.de/glaubensimpulse/500351960e0913004/53580897c70ad0102.html> und in: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

²⁶ *Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber sich dafür aussprach, dafür aus, dass in deutschen Moscheen deutsch gesprochen und auf deutsch gepredigt wird. In der „Bild“-Zeitung verlangte Stoiber, die islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland müssten „sich öffnen“. Sie dürften „nicht länger in den Geruch konspirativer Zirkel kommen“. Deshalb sollte „in deutschen Moscheen auch deutsch gesprochen und auf deutsch gepredigt werden.“]*

lässlich dieser Woche veranstaltet werden, wollen wir erzielen, dass diese spurenreichen Bauwerke in Schutz genommen werden. Die Moscheen sind gleichzeitig eine Basis für Diskussion. Moscheen sind Orte, wo das Vertrauen dialogisch weiter aufgebaut und den ehrlichen und aufrichtigen Dialog intensiviert werden.

- Hinsichtlich der Moscheebau gibt es bereits konstruktive Zusammenarbeiten zwischen Moscheegemeinden und oertl. zustaendigen Ämtern. Diese Zusammenarbeit können gestärkt werden.
- Durch die Veranstaltungen in den Moscheen können die Muslime das integrativ-interreligiöse Zusammenleben fördern und die Öffentlichkeit über ihre soziale, kulturelle und religiöse Aktivitäten informieren.
- Die integrative und interreligiöse und interkulturelle Aktivitäten der Moscheen können finanziell unterstützt werden.

6) Die Gewissens- und Meinungsfreiheit sowie Grundrechte werden eingeschränkt.

- Es wird in letzter Zeit versucht, durch den s.g. Gewissenstest die Meinungsfreiheit der eingewanderten Minderheiten zu beschneiden. Die Minderheiten werden durch diffusen Formulierungen der einzelnen Behörden der Bundesländer ausgefragt. (an „die Privatsphäre reichende Gesinnungsprüfung“)
- In Deutschland gibt es eine Diskussions- und Streitkultur. Jedoch wird diese in bezug auf die Minderheiten nicht angewandt. Ohne die Meinung der Organisationen der Minderheiten einzuholen, werden Entscheidungen gefällt und durchgeführt.
- Medienberichte in Deutschland sind nach wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge, die Handlungen und Aussagen der Minderheiten undifferenziert und unsachgemäß dargestellt.
- Vertrauen abbauenden und an die Privatsphäre reichenden Entscheidungen sind Fehlentscheidungen. Diese sollten vermieden werden.
- Die respektvolle Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften mit dem Staat soll gestärkt werden.
- Die die Extremismus, Antisemitismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie Diskriminierung ermutigenden Aussagen und politischen Entscheidungen sollen vermieden werden.
- Die Aufgabe der Massenmedien ist es, die Öffentlichkeit zu informieren und dadurch die öffentliche Meinung mit zu gestalten. Die Medien und die Entscheidungsträger können über islamisch –theologischen Themen die Meinung der muslimischen Religionsgemeinschaften und deren Theologen einholen.
- In den Rundfunkräten können muslimische Fachleute berufen werden.

4. Literatur

Ausländerextremismus und -terrorismus. Türken, in: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1996, Hrsg. v. , Köln 1997

Beck, Dokumentation, Islam einbürgern – Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, in ders. S. 6-7, Berlin 2005

Bekir Alboga, Auf dem Weg zur Anerkennung muslimischer Vertretungen in Deutschland, S. 105, in: Dokumentation, Islam Einbürgern, Hrsg. V. Beauftragte der BR für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 2005

Bernhard Santel, Töten für den Islam? Eine holzschnittartige Studie über Junge Türken in Deutschland, FAZ, 13.07.1998

Dietrich Tränhardt, Einwandererkulturen, Netzwerke und Integrationsqualität. Ein komparative Analyse im Vergleich der Zuwanderungsnationalitäten und Bundesländer, (unveröffentlichtes Manuskript)

Fruk Sen/Alke Wierth, 1961 bis 1991 - Ein kritischer Rückblick, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 2 (1992),

Hartmut Esser, Ist das Ausländerproblem in der Bundesrepublik Deutschland ein <<Türkenproblem>>? Eine Ansprache in der Universität Bursa (Türkei), in: Rolf, Italiaander (Hrsg.), Fremde raus. Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit Gefahren für jede Gemeinschaft, Hamburg 1983

Hüasers, Francis, Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48-49 (1995)

Johann Georg Mausinger, Der Harem des Propheten, Marburg an der Lahn, 2004
Stefan Magen, Staatskirchenrecht als symbolisches Recht

Theo Sommer, Der Kopf zählt, nicht das Tuch. Ausländer in Deutschland: Integration kann keine Einbahnstraße sein, Die Zeit, Nr. 30. 16.07.1998

Quellen aus dem Internet

FR 06.01.99 // FR 22.01.99 Quelle: http://64.233.183.104/search?q=cache:p8OpM-Pis8EJ:web.uni-bamberg.de/~ba6ef3/dokz99_d.htm+Wahlrecht+f%C3%BCr+Ausl%C3%A4nder&hl=de&ct=clnk&cd=2

<http://www.christen-allendorf.de/glaubensimpulse/500351960c0913004/53580897c70ad0102.html>

<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

<http://www.diyonet.org/de/startseite/detail.php?nr=1289&kategorie=startseite>

HR-Online, Quelle: http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_10308904

<http://www.anawati-stiftung.de/seiten/100jahre-43-45.pdf>.

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Kulturpolitik/DialogIslam/DeutschkurseImame.html>